

KOLUMNE

Lieber Peter, leider hast Du völlig Recht mit Deiner Annahme, dass unsere vergleichsweise freundlichen Briefe zur Affäre um den Bundespräsidenten die Stimmung nicht wesentlich beeinflussen konnten. Es ist ja wirklich mit jedem Fortgang des Krisenmanagements noch schlimmer gekommen.

Ich bleibe dabei: Der Sachverhalt, um den es ursprünglich ging, war nicht so schlimm. Warum soll ein Unternehmer-Ehepaar nicht einen freundschaftlichen Kredit gewähren, wenn das Ministerpräsidenten-Amt des Kreditnehmers doch eine ganz stattliche Sicherheit darstellt? Anlass des Freundschaftskredits war ja offensichtlich die schon jahrzehntealte Freundschaft und nicht die Erwartung einer begünstigenden Amtshandlung.

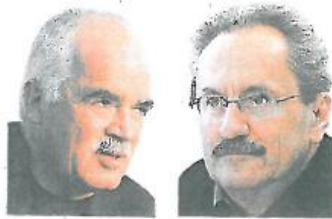
Aber warum musste dann um Himmelswillen diese fürchterliche, an der Lebensrealität vorbeigehende Haarspalterei sein, es gebe keinerlei Geschäftsbeziehungen mit dem Ehemann, weil man sich trickreich auf die Ehefrau als Kreditgeberin verständigen konnte? Dann die Ablösung des Kredits durch eine Bank: Warum muss es ausgerechnet jene Bank sein, die beim

Volkswagen/Porsche-Machtkampf, mit dem der Niedersachse Wulff so intensiv befasst war, eine wichtige Rolle spielte? Instinktvoller kann man sich nicht in Grauzonen bewegen.

Dann die unsäglichen Telefonate! Dass einer Redaktion, die ihrerseits nicht zimperlich ist, rechtliche Schritte angedroht werden, halte ich nicht für skandalös, denn rechtliche Schritte haben ja nur dann einen Sinn und eine Chance, wenn die Zeitung tatsächlich Rechte verletzt. Und dass in der großen Enttäuschung, einen früheren Kumpanen als Widersacher erleben zu müssen, maßlos erregte Worte fallen, ist eigentlich auch noch keine Staatsaffäre. Aber Anrufe beim Vorstandsvorsitzenden und bei der Verlegerin, um einen unbequemen Artikel aus dem Verkehr zu ziehen, sind wirklich mit unserem bundesrepublikanischen Verständnis von Pressefreiheit nicht vereinbar.

Nach dem Doppel-Fernsehinterview dachte ich schon, die Krise sei mehr oder weniger ausgestanden, denn die peinlichste Aussage war wohl die Forderung der Redakteurin, man müsse nach einer Übernachtung bei

Briefwechsel



zwischen

Peter Gauweiler und Christian Ude

Nach dem Fehlstart des Jahres die Chance nutzen!

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU)
liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen
Schlagabtausch. Heute: Christian Ude.

Freunden 150 Euro auf den Küchentisch legen, um nicht ins Zwielficht zu geraten. Da fiel mir siedendheiß wieder ein, dass ich vor dem Ökumenischen Kirchentag gemeinsam mit Kirchenvätern beider Konfessionen an die engagierten Christen der Stadt appelliert hatte, Gäste aus anderen Städten in der eigenen Wohnung übernachten zu lassen. Ob da wirklich alle Kirchentagsbesucher den vom ZDF geforderten Obolus

entrichtet haben? Schlimmer noch: Haben alle Gastgeber den Geldschein am Küchentisch oder den geldwerten Vorteil von Dankesgeschenken ordentlich versteuert?

Es ist schon bizarr, wie Maßstäbe im Handumdrehen verändert werden, wenn man sich bei der Aburteilung eines aktuellen Falles etwas davon verspricht. Das hätte ein Schlusstrich sein können, doch der nächste Hammer folgte postwendend: Obwohl

der Bundespräsident vor 18 Millionen Zuschauern (!) die unmittelbar bevorstehende Veröffentlichung sämtlicher Fragen und Antworten ankündigte, hieß es am folgenden Tag nur: „April, April.“ Das hätte man nun wirklich niemandem durchgehen lassen, da brauchte man nicht die Würde eines Staatsoberhauptes strapazieren. Es liegt also nicht am „Scheißjob“, wie Du vermutest, sondern schon tatsächlich an einer Vorgehensweise, die auch in anderen und sehr viel einfacheren Jobs unakzeptabel wäre.

Lass' uns also ernst machen mit Deinem Vorschlag: „Wenn es aus diesem Desaster einen dauerhaften Weg ins Freie gibt, dann nur den, das Staatsoberhaupt in Zukunft vom Staatsvolk wählen zu lassen.“ Woher die Bundesversammlung den Anspruch nimmt, die Weisheit gepachtet zu haben, ist nach den letzten parteipolitischen Machtspielen tatsächlich rätselhaft, auch wenn es in der bundesdeutschen Geschichte erfreulich oft gelungen ist, hochkarätige Persönlichkeiten jeglicher Couleur zu wählen, die es spätestens im Amt zu beträchtlicher moralischer Autorität und großem Anse-

hen im In- und Ausland gebracht haben. Mit ihrer gesamten „Leistungsbilanz“ steht die Bundesversammlung also gar nicht einmal schlecht da – aber eine Begründung, die Entscheidung weiterhin dem Machtkalkül verschiedener Parteizentralen zu überlassen und Staatsbürgerinnen und Staatsbürger Deutschlands nach weit über einem halben Jahrhundert bewiesener demokratischer Mündigkeit von derartigen Entscheidungen fernzuhalten, ist das wahrlich nicht.

Ich denke, dass gerade in diesem Jahr, in dem buchstäblich alle Parteien ununterbrochen von mehr Bürgerbeteiligung und mehr Elementen direkter Demokratie sprechen, die Chancen zur Einführung der Volkswahl des Bundespräsidenten besser sind denn je.

Das wäre doch etwas: Aus einem deprimierenden, wirklich niederschmetternden Jahresanfang unseres Staatswesens einen beflügelnden demokratischen Fortschritt machen und einem demolierten Amt mehr Autorität denn je verschaffen, meint auch

Herzlichst

Dein Christian